

Straftaten nehmen 2023 stark zu

Die Zahl der Verkehrsunfälle 2023 hingegen ist gesunken. Die Zuger Polizei beurteilt die Sicherheitslage als stabil.

Harry Ziegler

Der Kanton Zug ist keine Insel. Die polizeiliche Statistik 2023 zeigt teilweise starke Anstiege, wie aus einer Mitteilung der Zuger Strafverfolgungsbehörden hervorgeht.

So stieg die Gesamtzahl der 2023 im Kriminalbereich erfassten Straftaten (8097) im Vergleich zum Vorjahr (6045) um 36 Prozent. Zugenommen haben 2023 gemäss Statistik insbesondere Delikte gegen Leib und Leben um 25 Prozent (2023: 450 Delikte; 2022: 360). Bei diesen Gewaltdelikten betrifft der Anstieg insbesondere den Raufhandel/Angriff. Die Zunahme beträgt hier 190 Prozent (2023: 29 Fälle; 2022: 10).

Die Tötlichkeiten nahmen um fünfzehn Prozent (2023:

234; 2022: 203) sowie die einfache Körperverletzung um vierzehn Prozent (2023: 78; 2022: 68 Fälle) zu. Die Vermögensdelikte stiegen von 2919 Fällen im Jahr 2022 auf 3899 im Jahr 2023. Das entspricht einer Zunahme von 34 Prozent.

Cyberkriminalität: Über die Hälfte Betrugsfälle

«Im Bereich der Cyberkriminalität ist erneut ein Anstieg um 74 Prozent zu verzeichnen. Gesamthaft wurden 781 Straftaten in diesem Bereich registriert», heisst es in der Mitteilung. Das sind 333 mehr als 2022. Mehr als die Hälfte der Fälle (541) fällt in den Bereich Cyberbetrug.

«Der Hauptgrund dafür liegt im Phänomen Missbrauchen von Online-Zahlungssystemen/Wertkarten oder einer fremden

92%
aller Delikte gegen Leib und Leben in Zug werden aufgeklärt.

39%
aller Vergehen gegen das Strafgesetzbuch werden zur Verantwortung gezogen.

25%
beträgt die Aufklärungsquote bei Delikten gegen das Vermögen.

Identität, um einen Betrug zu begehen», schreiben die Strafverfolgungsbehörden. Diese Straftaten seien von 56 im Jahr 2022 auf 267 im Jahr 2023 gestiegen. Es handle sich zur Hauptsache bei diesen Taten um sogenannten Päckli-Betrug. Dabei wird die Identität des Opfers missbraucht, um auf dessen Namen und Rechnung online Waren zu bestellen.

«Die Zunahme der Delikte im Kanton Zug folgt dem schweizerischen Trend», erklärt Thomas Nabholz, Chef der Zuger Kriminalpolizei. Er schränkt allerdings etwas ein: Die teils starken Zunahmen in der Kriminalstatistik würden auch damit zusammenhängen, wann sie rapportiert werden und nicht, wann die Tat stattgefunden hat. Beispielsweise fänden 2023 auch

ältere Fälle Eingang in die Statistik. Und schliesslich: «Es gibt einfach auch eine reale Zunahme der Fälle», sagt Nabholz. Dennoch: Die Sicherheitslage im Kanton Zug sei stabil. «Man darf die Lage nicht einfach nur nach rein statistischen Punkten betrachten», erklärt der Chef der Kriminalpolizei. In diese Beurteilung fliessen auch Rückmeldungen aus dem Polizeialltag ein.

2023 haben sich auf Zuger Strassen insgesamt 649 Verkehrsunfälle ereignet. Das sind 93 weniger als im Vorjahr. Zwei Personen sind bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen und drei Unfallbeteiligte verletzt sich lebensbedrohlich. Weiter erlitten 75 Personen erhebliche und 250 leichte Verletzungen. Die Zahl der Fahrradunfälle ist 2023 gegen-

über dem Vorjahr leicht von 122 auf 133 gestiegen.

Hohe Aufklärungsquote

Die Straftaten pro 1000 Einwohner im Kanton Zug lagen 2023 mit knapp 47 unter dem schweizerischen Mittel von rund 59/1000 Einwohnenden.

39 Prozent der Straftaten im Bereich des Strafgesetzbuchs hat die Zuger Polizei im Berichtsjahr aufgeklärt. «Nebst der sehr hohen Aufklärungsquote von 92 Prozent bei den Delikten gegen Leib und Leben (Schweiz: 87 Prozent) erreichte die Zuger Polizei mit 91 Prozent auch bei den Delikten gegen die sexuelle Integrität (Schweiz: 86 Prozent) einen sehr hohen Wert», schreibt die Polizei in der Mitteilung weiter.

Die Katzenfängerin von Zug

Tierschützerinnen wie Natalie Müller fangen, versorgen und kastrieren Katzen im Kanton, um so gegen das Tierleid anzukämpfen.

Felix Ertle

«Es braucht Geduld, die Katzen zu fangen», sagt die Tierschützerin Natalie Müller. Bei einem Hünenberger Gasthaus habe sie in der vergangenen Woche Glück gehabt – und gleich sechs wild lebende Katzen einfangen können. Zuvor musste sie das Einverständnis der Grundstückbesitzer einholen. Dann rückte sie mit den Fallen an und wartete. Die Zugerin engagiert sich seit Jahren bei der Tierschutzorganisation «NetAP», die mit ihren Aktionen schweizweit jährlich fast 1500 verwilderte Katzen einfange, medizinisch versorge und kastriere.

Denn in der Schweiz gibt es Schätzungen von Schweizer Tierschutzorganisationen zufolge bis zu 300 000 herrenlose Katzen. Diese litten oft an Hunger, Krankheiten oder Unfallfolgen. Mit den Kastrationen wolle die Tierschutzorganisation schweizweit das Katzenelend mindern. Allein im Kanton Zug habe Natalie Müller in diesem Jahr schon 25 Katzen eingefangen und kastrieren lassen. Müller sagt: «Wir waren dieses Jahr schon in Baar, Edlibach, Menzingen, Oberägeri – und jetzt in Hünenberg.»

Verein fordert Kastrationspflicht

Doch das reiche bei weitem nicht, wie Esther Geisser, Präsidentin von NetAP, betont. Ihr zufolge müssen vor allem die Halter ihre Katzen kastrieren lassen. Schätzungen von Futtermittelherstellern zufolge lebten in der Schweiz 2022 knapp zwei Millionen Katzen. Von denen seien viel zu wenige freilaufende Hauskatzen kastriert, so Geisser. Zwar habe der Bund in einer früheren Stellungnahme behauptet, dass ein grosser Teil der Halterinnen und Halter ihre Katzen bereits sterilisiert oder kastriert hätten. Jedoch liegen zumindest für den Kanton Zug



Die Zuger Tierschützerin Natalie Müller mit einer gefangenen Katze auf dem Weg zum Tierarzt.

Bild: Felix Ertle (Hünenberg, 27. 3. 2024)

«Wir waren dieses Jahr schon in Baar, Edlibach, Menzingen, Oberägeri – und jetzt in Hünenberg.»

Natalie Müller
Tierschützerin

Auch in Hünenberg hätte die Gemeinde die Entdecker der Katzen zuerst an das Veterinäramt verwiesen, so Geisser. Das wiederum hätte auf den Zuger Tierschutzverein, der zwar auch kastriert, aber keine Katzen einfängt, verwiesen. Erst dort wurden die Anrufenden an NetAP verwiesen. Geisser sagt: «Wir merken häufig, dass die Leute zweifeln sind, wenn wir die dritte, vierte oder fünfte Anlaufstelle sind.»

Dennoch sei sie froh, wenn die Leute hinschauen. «Leider sind wir die einzige Organisation in der Schweiz, die regionsübergreifend im Einsatz an der Front ist, und können all die gemeldeten Fälle nicht mehr bewältigen.» Herrenlose Tiere zu erkennen, sei nicht einfach. «Beobachten, in der Nachbarschaft nachfragen und einen Blick auf die Vermisstmeldungen der Schweizerischen Tiermeldezentrale werfen», empfiehlt Geisser. Spätestens, wenn sich kein Halter finde, das Tier besonders hungrig oder vielleicht sogar krank wirke, solle man Kontakt mit dem Tierschutz aufnehmen.

diesbezüglich keine auswertbaren Daten vor, wie das Zuger Veterinäramt auf Anfrage schreibt.

Das Problem gemäss Geisser: «Diese Hauskatzen paaren sich mit verwilderten Tieren.» Infolgedessen nehme die Population an Streunern laufend zu. Sie gibt ein Beispiel: «Wird auf einem Hof nicht kastriert, wird die Population rasch zu gross und Katzen wandern ab, um an anderen Orten neue Kolonien zu bilden.» Und auch in der Politik sind die Forderungen nach entsprechenden Massnahmen in den letzten Jahren immer lauter geworden.

Bisher ohne Erfolg. NetAP reichte 2018 eine Petition mit über 11000 Unterschriften für eine Kastrationspflicht ein. Nationalrätin Doris Fiala doppelte kurz darauf mit der «Motion weniger Tierleid dank Kastrationspflicht für Freigänger-Katzen» nach.

Zug sieht die Verantwortung beim Bund

Beide Forderungen wurde vom damaligen Bundesrat einstimmig abgelehnt. Ein Teil der Begründung: Die Kantone seien für zusätzliche Massnahmen zuständig. In den folgenden

Jahren gab es beispielsweise in Zürich, Bern, Basel und Biel politische Vorstösse zugunsten einer Kastrationspflicht.

Im Kanton Zug gebe es keine solche politischen Bestrebungen, wie das Zuger Veterinäramt bestätigt. Auf die Frage hin, wer eine kantonal flächendeckende Kastration durchsetzen müsste, schreibt der Kantonstierarzt Ramon Bucher: «Wir sehen diesbezüglich die Zuständigkeit auf nationaler Ebene.» NetAP-Präsidentin Esther Geisser sagt: «Da beisst sich die Katze in den Schwanz. Der Bund schiebt es auf die

Kantone und die Kantone weisen auf den Bund.» Die Leidtragenden seien die Katzen und die Tierschützer, die das Elend ausbaden müssten, «notabene ohne jegliche Unterstützung seitens des Staates». Zudem sei das Veterinäramt nicht für Katzenkastriationen zuständig. Dafür «wird die anfragende Person an entsprechende private Organisationen oder Tierarztpraxen verwiesen», so der Kantonstierarzt.

Das sorgt mitunter für Unmut unter denen, die helfen wollen. Denn für viele ist das Veterinäramt die erste Anlaufstelle.